

**Antrag 28/I/2022****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Keine Gebühren für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erheben**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderparla-  
2 mente und des Bundestages mögen sich auf Ebene der  
3 zuständigen Landes- und Bundesministerien dafür einset-  
4 zen, dass keine Gebühren für die Anerkennung auslän-  
5 discher Berufsabschlüsse durch die Anerkennungsstellen  
6 erhoben werden.

**Begründung**

9 Das 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsge-  
10 setz soll Fachkräften aus Drittstaaten ermöglichen nach  
11 Deutschland einzuwandern und hier zu arbeiten. Damit  
12 soll dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenge-  
13 wirkt werden.

15 Leider sind für die Anerkennung ausländischer Berufsab-  
16 schlüsse z.T. sehr hohe Gebühren an die Anerkennungs-  
17 stellen zu zahlen. Vor allem bei den Stellen, die für drin-  
18 gend gesuchte Fachkräfte im Handwerk zuständig sind,  
19 müssen bis zu 600 Euro durch die Fachkraft oder bis  
20 zu 800 Euro durch den einstellenden Arbeitgeber aufge-  
21 bracht werden. Viele gut ausgebildete Fachkräfte aus Län-  
22 dern mit niedrigen Einkommen können diese Gebühren  
23 nicht oder nur schwer aufbringen. Die meisten Arbeitge-  
24 ber in Deutschland wiederum können oder wollen diese  
25 Kosten nicht tragen.

27 Um die Fachkräfteeinwanderung nach Deutschland zu  
28 unterstützen soll auf die Erhebung von Gebühren durch  
29 die Anerkennungsstellen verzichtet werden. Alternativ  
30 kann eine ratierliche Zahlung und / oder eine Zahlung der  
31 Gebühren erst nach Arbeitsaufnahme in Deutschland er-  
32 folgen.

34 In Deutschland ansässige Fachkräfte können sich die Kos-  
35 ten auf Antrag erstatten lassen. Diese Möglichkeit könnte  
36 auch für Antragsteller aus dem Ausland geschaffen wer-  
37 den. Die Kosten könnten bei einer erfolgreichen Anerken-  
38 nung der Berufsabschlusses erstattet oder erst gar nicht  
39 erhoben werden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderparla-  
mente und des Bundestages mögen sich auf Ebene der  
zuständigen Landes- und Bundesministerien dafür einset-  
zen, dass **möglichst** keine Gebühren für die Anerkennung  
ausländischer Berufsabschlüsse durch die Anerkennungs-  
stellen erhoben werden.